

## 6 Forderungen an die Bundesregierung zur sicheren Ausreise afghanischer Frauenrechtsaktivistinnen

Immer noch sitzen unsere 90 afghanischen Kolleginnen in Kabul fest. Um ihre sichere Ausreise zu unterstützen, wendet sich *medica mondiale* mit diesen 6 Forderungen an die deutsche Bundesregierung.

Unsere afghanischen Kolleginnen haben sich in den vergangenen Jahren – auch mit Förderung der Bundesregierung – für Frauenrechte und Rechtsstaatlichkeit eingesetzt. Eine Arbeit, für die sie in ihrem Leben bedroht sind. Die Bundesregierung muss jetzt endlich ihrer politischen Verantwortung gerecht werden und für die Ausreise der Frauenrechtsaktivistinnen sorgen.

Hierfür muss die Bundesregierung bei den Verhandlungen mit den Taliban und in Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft alles dafür tun, dass gefährdete Menschen auch nach dem Abzug der internationalen Truppen unbürokratisch und schnell in Sicherheit gelangen können, zum Beispiel durch zivile Flüge aus Afghanistan oder einem Nachbarstaat.

Konkret fordert *medica mondiale*:

1. Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass gefährdete Menschen Nachbarstaaten sicher erreichen und von da aus nach Deutschland kommen können: Es müssen Vereinbarungen mit den Nachbarländern Afghanistans getroffen werden, um gefährdeten Personen eine Einreise in diese Länder und die Weiterreise nach Deutschland zu ermöglichen. Dazu gehört auch eine digitale Bestätigung der Bundesregierung über die Aufnahmezusage, die die Betroffenen bei Bedarf vorzeigen können, um Grenzen überqueren zu können.
2. Mit Blick auf das schlechte Krisenmanagement der vergangenen Wochen muss die Bundesregierung feste Ansprechpartner\*innen in den Behörden benennen, die Informationen zu Aufnahmezusagen sowie zu Ausreisen und ihrem Ablauf schnellstmöglich gegenüber betroffenen Einzelpersonen und Organisationen transparent machen.
3. Die Bundesregierung muss ihre Zusage einhalten afghanische Frauenrechtsaktivist\*innen als besonders gefährdete Personen einzustufen und diese in der Folge wie Ortskräfte nach § 22 AufenthG zu behandeln und nach Deutschland zu holen.
4. Die Bundesregierung muss den Familiennachzug für Verwandte von gefährdeten Menschen beschleunigen und bürokratische Hürden abbauen. Sie sind nach der Machtübernahme der Taliban ebenfalls in ihrem Leben bedroht.
5. Die Bundesregierung muss groß angelegte Bundesaufnahmeprogramme nach § 23 Absatz 2 AufenthG für alle Menschen, die sich für Demokratie und eine freie Gesellschaft in Afghanistan eingesetzt haben, durchführen. Sie muss diesen Menschen eine sichere Einreise nach Deutschland – aus Afghanistan oder aus einem Drittstaat – gewährleisten.
6. Die Bundesregierung muss in Verhandlungen mit den Taliban die Einhaltung von Menschen- und Frauenrechten zur Bedingung für jegliche finanzielle Zusage machen.